

An den
Bürgermeister der Stadt Werne

Herrn Lothar Christ
Konrad-Adenauer-Platz 1
59368 Werne

Freie Demokratische Partei
Fraktion im Rat der Stadt Werne

- Vorsitzende –

Claudia Lange
Am Alten Kurbad 8
59368 Werne

02389-539536
0157-77555060

lange@fdp-werne.de
www.fdp-werne.de

Werne, 20. März 2024

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen,

die Stadt Werne hat kein Einnahmen-Problem, sondern ein Ausgaben-Problem.

Das ist auch **kein neues Problem** – denn instabil sind die Finanzen der Stadt Werne nicht erst in diesem Jahr. Seit 15 Jahren geben wir in dieser Stadt mehr Geld aus als wir einnehmen und seit 15 Jahren türmt sich ein Schuldenberg im städtischen Haushalt, der immer weiter wächst. Und seit 15 Jahren weisen wir auf diese Probleme hin und bringen Maßnahmen ein, die maroden Werner Finanzen zu sanieren und die ausufernd wachsende Verwaltung effizienter zu gestalten.

Jetzt ist er da – **der Knall** – den wir seit Jahren vorhersagen und dessen Vorzeichen genauso ignoriert wurden wie unsere konstruktiven Vorschläge mit Einsparmaßnahmen zur Sanierung des Werner Haushalts in den letzten Jahren. Diese prekäre Haushaltssituation den aktuellen Krisen, Corona und anderen äußeren Umständen in die Schuhe zu

schieben ist falsch, sie ist gerade auch das direkte Ergebnis der Politik von Lothar Christ, der seit Jahrzehnten die Augen den explodierenden Ausgaben der Stadt Werne und dem daraus resultierenden Schuldenberg verschließt und alle Hinweise und Hilfestellungen ignoriert. **Bereits im vergangenen Jahr hat Lothar Christ von einem nötigen Kurswechsel gesprochen; und im Jahr davor; und im Jahr davor.** Dieser Haushaltsentwurf zeigt erneut, dass das nur leere Worte waren. **Und ich frage Sie – SPD, Grüne, Linke und UWW – glauben Sie allen Ernstes, mit der Bekundung, nach der Verabschiedung des Haushalts würden konsequent Sparmaßnahmen umgesetzt wie im Verwaltungsvorschlag versprochen? Nichts wird passieren – genauso wie vor fast 10 Jahren nach der teuren und zeitaufwändigen Beratung durch Rödl & Partner.**

Es ist an der Zeit werte Ratskollegen, dass Sie umdenken! Für den Bürgermeister kommt dieser Knall sehr passend. Mit sanften Worten erklärt er uns nun die **Notwendigkeit von Steuererhöhungen**, die er schon seit Monaten geplant hat. Die FDP sagt hier erneut **NEIN!** Die eigene Misswirtschaft auf den Rücken der Bürger abzuwälzen und in wirtschaftlich schwierigen Zeiten den Bürgern tiefer in die Tasche zu greifen und gleichzeitig über 19 neue Stellen zu schaffen – das ist das falsche Signal!

Der Bürgermeister behauptet, wir müssten die Grund- und Gewerbesteuer erhöhen, um das **Heft des Handelns** in der Hand halten zu können. Ich frage Sie: Waren es in den letzten Jahren nicht immer unerwartete hohe Gewerbesteuereinnahmen, die unsere Jahresabschlüsse gerettet haben? Ich sage Ihnen: **Mit der Erhöhung der Steuern vergraulen Sie Firmen und Familien, die Werne verlassen werden oder sich erst gar nicht hier niederlassen, weil es woanders deutlich attraktiver ist.** Damit geben wir das Heft des Handelns mit Sicherheit aus der Hand. Und um es ganz deutlich zu sagen: Es gäbe deutlich bessere Schritte, die weit vor der für sie so einfachen Erhöhung der Steuereinnahmen hätten gegangen werden müssen:

Wir müssen uns auf das **Wesentliche** konzentrieren. Überflüssige und kostenintensive Aufgaben müssen einem kritischen Blick unterzogen und gegebenenfalls aufgegeben werden. Wir können es uns nicht länger leisten, Zeit und Ressourcen für Projekte zu verschwenden, die keinen messbaren Nutzen bringen. Mir fallen an dieser Stelle einige Projekte ein: Der Klimabeirat kostet Zeit und Geld, bringt jedoch keinen effektiven Nutzen und muss daher gar nicht erst eingesetzt werden! Die vor kurzem geforderten Festsetzungen für Bauherren, die weit über die Landes- und Bundesgesetze hinaus gehen – sie müssen kontrolliert und verwaltungsseitig in Planung und Umsetzung bearbeitet werden – das kostet viel Zeit und Ressourcen.

Aber dann heißt es seitens der Grünen und der SPD gleich wieder, es fielen für die Stadt nur Personalkosten an, alles andere werde über Fördergelder finanziert. **Wann bitte verstehen Sie, dass auch Fördergelder Gelder sind?** Diese werden letztlich auch über unsere Steuergelder finanziert! Als FDP fordern wir einen klugen Umgang mit Förderanträgen. Wir dürfen doch nicht reflexartig jede verfügbare Förderung beantragen! Ein externes Büro zur Entwicklung von Konzepten zu beauftragen, nur weil es mit Fördergeldern finanziert wird, halten wir schlichtweg für falsch! Bei der kommunalen Wärmeplanung zum Beispiel wird somit ein schneller Einstieg ins Handeln verhindert. Aufwändig erstellte theoretische Konzepte werden vorgeschoben – und warum? **Sie wollen nicht die Verantwortung übernehmen! Es ist ja auch wirklich einfacher, sich hinter Gutachtern und theoretischen Konzepten zu verstecken!**

Effizienzsteigerung ist das, was wir als FDP vor jeder Erhöhung der Einnahmen fordern. Und eigentlich müssten wir das gar nicht tun! Denn wir müssten doch so effizient sein wie nie zuvor! Warum? Weil es so viele städtische Mitarbeiter gibt wie nie zuvor! Im Jahr 2018 stellte der Stadtrat mit Sorge fest, dass der Verwaltungsapparat damals schon auf 235 Stellen aufwuchs mit Personalkosten von 15 Millionen Euro. Und wo

stehen wir heute, 6 Jahre später? Wir müssten vor Effizienz nur so sprudeln, den personell sind wir noch nie so gut ausgestattet gewesen! **Eine Steigerung um 19 Stellen in KBW und Kernhaushalt zusammen auf über 300 Beschäftigte! Die Personalaufwendungen liegen bei 20 Millionen Euro und werden jährlich um etwa eine Millionen Euro wachsen.** Wir als FDP fordern ein modernes Personalmanagement. Es ist an der Zeit, dass wir unsere Personal- und Stellenplanung überdenken und uns auf effizientere Arbeitsweisen konzentrieren. Gerade in der jetzigen Zeit fordern wir einen befristeten **Einstellungsstopp**, als Beitrag zur Konsolidierung!

Mit einer verschlankten Verwaltung wäre auch ein effizientes Büroflächenmanagement möglich. Das ist nicht nur ökonomisch, sondern auch ökologisch sinnvoll. Durch die Nutzung moderner Technologien unabhängig von Aktenschranken können wir unsere Verwaltungsflächen reduzieren und damit Kosten sparen. Das funktioniert in der freien Wirtschaft ja auch! Als FDP sehen wir den Umzug der Mitarbeiter des Stadtmarketings in die Innenstadt kritisch – nicht weil wir die Vorteile nicht sehen würden – Nein! Wir haben dafür schlichtweg kein Geld. Darum müssen wir diese Pläne, so Leid es uns auch tut, nach hinten schieben.

In einem Atemzug mit dem leidigen Thema der angeblichen Platznot fällt mir als erstes die Digitalisierung ein. **Digitalisierung ist kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit.** Es ist unerlässlich, dass wir in Werne bei der Digitalisierung aufholen, um ineffiziente und zeitraubende Prozesse zu eliminieren. Das ist ein Problem, dessen Erläuterung mir an dieser Stelle zu müßig ist. Ich habe den Eindruck, es fehlt grundlegend an der Bereitschaft, Veränderungen positiv zu sehen und nutzen zu wollen. Lieber träge Daten abtippen und archivieren als direkt digital einzupflegen. Lieber zur Vorsicht alles noch einmal ausdrucken und abheften, das ist typisch Deutsch und da macht auch Werne keine Ausnahme. Wen wundert es, wenn im Bereich Digitalisierung drei neue Mitarbeiter eingestellt werden sollen – so sieht hier eine Verschlinkung der Verwaltung aus. Hier noch ein Wort zur SPD: Natürlich verursacht

Outsourcing Sachkosten – diese stehen jedoch zeitlich flexibel und nicht dauerhaft auf dem Kostendeckel der Stadt, wie es Personalkosten tun!

Und damit alle anderen Ratsmitglieder auch wieder genervt mit den Augen rollen können, kommt zum Abschluss „the same procedure as every year Lothar!“ Wir fordern ein neues Maß an Managementmethoden. Spätestens jetzt muss die Verwaltung doch erkennen, dass die Zeit gekommen ist, dass die vom Gesetz geforderten Ziele und Kennzahlen nicht mehr ignoriert werden dürfen! Sie müssen als Werkzeuge zur Verbesserung unserer Ressourcennutzung eingesetzt werden.

Im uns immer als Vorreiter der wirkungsorientierten Steuerung angepriesene KBW wurden die Zahlen in den letzten zehn Jahren nicht aktualisiert und somit auch nicht zur Steuerung genutzt! **Ja dann ist der KBW kein Steuerungsinstrument sondern ein „Rechte Tasche–linke-Tasche-Instrument!“** Trotzdem macht der KBW als Tochtergesellschaft der Stadt Kosten einer eigenen Wirtschaftsprüfung, eine gesonderte Buchhaltung und eine eigene Betriebsleitung notwendig. Kosten und Ressourcen, die eingespart werden müssen, da sie keinerlei Vorteil bringen. Wir fordern daher eine **Auflösung des KBW und Integration in den Kernhaushalt**, um hier das volle Potenzial nutzen und unnötige Kosten für separate Verwaltungsstrukturen vermeiden zu können. Die linke Mehrheit traut sich aber nicht, einfachste Sparmaßnahmen wie Einstellungsstopp und Auflösung des KBW durchzuführen.

Meine Damen und Herren, es ist meiner Meinung nach an Arroganz kaum zu übertreffen, wenn Parteien hier im Stadtrat behaupten, die Erhöhung von Grund- und Gewerbesteuer sei ein **vollkommen legitimes Mittel** und schlichtweg die Augen vor all diesen Schritten verschließen, die man hätte unternehmen können, ja die man längst hätte unternehmen müssen!

Und nun liegt uns ein Antrag vor, die Steuern ab dem Jahr 2026 zu erhöhen - Die linke Mehrheit traut sich offenbar nicht vor der Kommunalwahl die Bürger spüren zu lassen, dass sie die Steuern erhöhen wollen. Nein, die linke Mehrheit in Werne opfert lieber die Reserven, als heute schon strukturell zu sparen. Das ist ein Armutszeugnis! Der gesamte Antrag ist nicht mehr als eine Willensbekundung und damit ein Betrug am Bürger und am Werner Haushalt – Augenwischerei wie es der Bürgermeister zuvor nannte.

Wir können einem Haushalt nur zustimmen, wenn er bereits Einsparmaßnahmen enthält. Wo Herr Bürgermeister sind Ihre im Vorfeld eingebrachten erheblichen Konsolidierungsmaßnahmen? Wir sehen sie nicht. Daher lehnen wir den vorgelegten Haushaltsentwurf ab.

Vielen Dank.